

Frage des Tages

Ist die Lohnkürzung für das Staatspersonal gerechtfertigt?

Der Landrat beschneidet dem Baselbieter Staatspersonal den Lohn. Ist die Lohnkürzung gerechtfertigt? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Soll sich der Kanton Baselland neue Polizeiformen leisten?



Weniger Lohn für das Staatspersonal

Baselbieter Landrat kürzt gegen die Stimmen von Links-Grün die Gehälter um ein Prozent

Von Thomas Gubler

Liestal. Per 1. Januar 2016 werden die Löhne für das Baselbieter Staatspersonal generell um ein Prozent gesenkt. Der Landrat hat gestern mit 51 Ja- zu 32 Nein-Stimmen den Anhang zum Lohndekret entsprechend geändert. Mit dieser Massnahme soll der Staatshaushalt um sechs Millionen Franken entlastet werden. Der Antrag der SP-Fraktion auf Nichteintreten scheiterte ebenso wie derjenige der Grünliberalen auf Rückweisung an die Regierung. Die GLP wollte den Teuerungsausgleich einfrieren, statt die Löhne zu kürzen. Für die Lohnkürzung sprachen sich die geschlossenen Fraktionen von SVP und FDP sowie mehrheitlich die CVP-BDP aus. Dagegen waren vor allem SP und Grüne, wobei die EVP als Fraktionspartnerin der Grünen nicht vollständig mitzog.

Nachdem sich die Personalkommission nur mit Stichentscheid des Präsidenten Balz Stückelberger für die Lohnkürzung ausgesprochen hatte, war die Sache im Ratsplenum gestern wesentlich klarer. Die Diskussion verlief entlang dem Links-rechts-Graben. Die Bürgerlichen von SVP und FDP bezeichneten das Sparen beim Personal zwar als einen unangenehmen Weg, «den wir aber dennoch gehen müssen», wie Roman Klausner (SVP) erklärte. Sabrina Corvini (CVP) appellierte an die Verantwortung der Landrätinnen und Landräte und empfahl «die moderate und massvolle» Lohnkürzung namens der Mehrheit der CVP/BDP-Fraktion zur Annahme. **Hanspeter Weibel (SVP)** erinnerte daran, dass vor kurzer Zeit die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) äusserst arbeitnehmerfreundlich reformiert worden sei und dass eben irgendwann bei den Staatsfinanzen «die Stunde der Wahrheit schlägt».

Zweifel am Spareffekt

Gar nichts wollten dagegen die Sozialdemokraten von der Sparmassnahme wissen, die laut Fraktionssprecher Jürg Degen «so bürokratisch und abstrakt daherkommt, konkret aber Tausenden von Staatsangestellten tiefere Löhne beschert». Die SP, erklärte Degen weiter, teile die Meinung der Gewerkschaften, wonach der Kanton Baselland in



«Der einzig gangbare und gerechteste Weg». Regierungspräsident und Finanzdirektor Anton Lauber (vorne rechts) setzte sich für die Lohnkürzung ein. Foto F. Bärtschiger

den letzten 15 Jahren durch Nicht-Ausgleich der Teuerung bereits 200 Millionen Franken auf dem Buckel des Personals gespart habe. Schliesslich bezeichnete Jürg Degen auch den Spareffekt von sechs Millionen als wahrscheinlich deutlich zu hoch. «Denn sparen kann

mitunter auch eine teure Angelegenheit sein.»

Urs Kaufmann (SP) wehrte sich aus Gemeindefürsorge gegen die Lohnkürzungsvorlage. Weil die Personalregelungen der meisten Gemeinden an die kantonale Gehaltsordnung gekoppelt

seien, bräuchten diese mehr Zeit, um sich auf die neue Situation einzustellen. Entsprechend beantragte Kaufmann in der Detailberatung, die Lohnkürzung nicht schon am 1. Januar, sondern erst am 1. Juli 2016 in Kraft zu setzen. Der Antrag blieb allerdings im Rat mit 51 zu 29 Stimmen chancenlos. Ebenso wenig Erfolg hatte zuvor Klaus Kirchmayr (Grüne) mit seinem Antrag, die Löhne bis und mit Lohnklasse 10 unverändert zu belassen und erst ab Lohnklasse 9 zu kürzen, dafür aber um 2,5 Prozent, was zum selben Spareffekt führe. Der Antrag scheiterte mit 68 zu 11.

Kämpferischer Lauber

Mächtig ins Zeug für seine Vorlage legte sich Regierungspräsident Anton Lauber (CVP). Der Finanzdirektor scheute keinen rhetorischen Aufwand, um den Landrat von seinem Anliegen zu überzeugen und trat gänzlich freisprechend den gegnerischen Argumenten entgegen. Der Kanton sei es seinen Arbeitnehmern schuldig, dass diese in einem gesunden Betrieb arbeiten könnten. Und in Bezug auf die kritisierte lineare Kürzung der Gehälter meinte Lauber: «Die lineare Kürzung ist der gerechteste Weg.» Sparmassnahmen nur bei den höheren Einkommen seien nicht zielführend. «Denn wir haben Mühe mit der Rekrutierung von Mitarbeitern in den hohen Lohnklassen», erklärte der Finanzdirektor.

Mit der nunmehr angenommenen Lohnabelle wird allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kantons Baselland im neuen Jahr der Lohn um ein Prozent gekürzt. Nicht davon betroffen sind Leistungs- und Treueprämien. Und wer sein Arbeitsverhältnis vor dem 31. Dezember ordentlich kündigt, erhält bis zu seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst den bisherigen Lohn gemäss altem Dekret.

Sozusagen als «Ausgleichsmassnahme» hat der Landrat auch Abstriche bei sich selber eingeleitet. Mit grossem Mehr hat er ein Verfahrenspostulat der Freisinnigen überwiesen, gemäss welchem die Entschädigung der Landrätinnen und Landräte im Hinblick auf den Voranschlag 2016 ebenfalls um ein Prozent gekürzt werden soll.

Laserattacken hören nicht auf

Automobilist geblendet

Von Dominik Heitz

Basel. Vor wenigen Tagen erst wurde eine Tramführerin das Opfer einer Laserattacke, als sie um 22.45 Uhr auf der Traminie 11 Richtung Bahnhof SBB fuhr. Ein Unbekannter mit Kapuzenpullover hatte sich auf das Tramgeleis gestellt und die Tramlenkerin mit einem roten Laserstrahl geblendet. Verletzt musste sie ins Augenspital gebracht werden.

Gestern ist es erneut zu einer Laserattacke gekommen. Diesmal traf es einen Autofahrer und den Beifahrer. Es war kurz nach Mitternacht, als der Lenker von der Schwarzwalddallee herkommend durch die Schönaustrasse in Richtung Riehenring fuhr. Bei der Verzweigung sah er zwei Männer, von denen der eine mehrmals einen Laser auf ihn und den Beifahrer richtete. Dem Autofahrer gelang es, das Fahrzeug zu stoppen und die Polizei zu verständigen. Danach begab er sich zusammen mit dem Beifahrer ins Augenspital zur ambulanten Behandlung.

Die Polizei löste sofort eine Fahndung aus und konnte nach kurzer Zeit den mutmasslichen Täter festnehmen – einen Mann aus Tschad. Der 43-Jährige hatte einen leistungsstarken Laser bei sich, der zu medizinischen Zwecken verwendet wird. Die Kriminalpolizei klärt nun ab, ob der Tatverdächtige für weitere, gleich gelagerte Delikte infrage kommt. Kriminalkommissär Peter Gill vermutet jedoch, dass es sich bei diesen beiden Fällen nicht um die gleiche Täterschaft handelt.

Vier Laserattacken

Gemäss Gill ist es in den vergangenen Wochen zu vier Laserattacken gekommen, die den öffentlichen Verkehr betreffen. Von einer Zunahme könne aber nicht gesprochen werden; Laserattacken würden stets wellenartig vorkommen. Aber auch in Demonstrationen, Fussballspielen oder gegen Flugzeuge würden Unbekannte Laser einsetzen.

Peter Gill warnt: «Laserstrahlen können nicht nur schwerwiegende Augenschäden verursachen, sondern für die Verkehrsteilnehmer auch gravierende Konsequenzen haben und zu Unfällen führen.»

Solothurner Sparpläne erschweren Schwarzbuben Heimeintritte

Der Kanton Solothurn spart bei den Ergänzungsleistungen und vergass dabei die Betagten der Randregionen

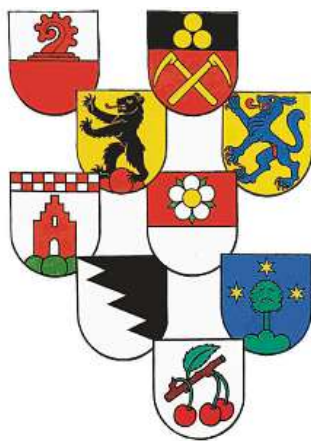
Von Carole Gröflin

Büren/Liestal. Die Einwohner der Gemeinden Nuglar-St. Pantaleon und Büren leben in der Region Basel, umgeben von Baselbieter Gemeinden. Doch gehören sie zum Kanton Solothurn – das kommt die betagten Einwohner nun

teuer zu stehen. Dabei hatten die Gemeinden vorgesorgt: Seit Jahren sind sie Stiftergemeinden des Alters- und Pflegeheims (APH) Frenkenbündten in Liestal. Wer hier gelebt hat, soll auch den Lebensabend hier verbringen können. Wollen Bürger aus einer der Stiftergemeinden eintreten, dann sind die Kosten geringer, bei der Warteliste werden sie prioritär behandelt. Das alte Logo des APH zeigt die Wappen der Stiftergemeinden: Arisdorf, Bubendorf, Büren, Hersberg, Lausen, Liestal, Lupingen, Nuglar-St. Pantaleon und Seltisberg. Dass mit Nuglar-St. Pantaleon und Büren zwei Solothurner Gemeinden mitwirken, war bisher kein Problem.

Bis zu 40 Franken täglich

Seit dem 1. Januar 2015 weht den künftigen Heimbewohnern aus den Solothurner Gemeinden allerdings ein anderer Wind entgegen. Der Kanton Solothurn muss Geld sparen, der Rotstift wurde auch bei den Ergänzungsleistungen (EL) angesetzt. Betagte erhalten weniger Geld – was direkt Auswirkungen auf Bewohner der Randregionen hat: Wenn sie etwa in das APH Frenkenbündten eintreten, wird ihr ausserkantonaler Heimplatz nicht mehr kostendeckend finanziert. Das bedeutet Kosten von täglich 1 bis 20 Franken im Doppelzimmer respektive 20 bis 40 im Einzelzimmer. In einem Jahr läppert sich ein vierstelliger Betrag zusammen. Die neue Regelung sorgt in Nuglar-St. Pantaleon und Büren für Ver-



Zwei Kantone vereint. Das alte Logo des Pflegeheims Frenkenbündten zeigt alle neun Stiftergemeinden.

unsicherung: Kann ich mir künftig einen Heimplatz im «eigenen» APH Frenkenbündten leisten? Gemeinderätin Susanne Gisler-Thoma (Nuglar-St. Pantaleon) schrieb im April in der Dorfzeitung: «Wir beklagen diese Entwicklung sehr und sind im Kontakt mit dem Amt für soziale Sicherheit des Kantons Solothurn und mit dem APH Frenkenbündten.» Damals war sie zuversichtlich, dass es für Nuglar-St. Pantaleon und Büren als langjährige Stiftergemeinden eine Ausnahmeregelung geben wird. Sie ist auch Stiftungsrätin.

Heute ist bei Gisler-Thoma nicht mehr viel Optimismus übrig. Die Gemeinderätin nervt sich über den Kanton Solothurn. «Unsere Anliegen

werden nicht ernst genommen.» Die Randregionen drängen auf eine Lösung, der Kanton mauert. Immerhin sind auch Solothurner Gemeinden im Leimental und rund um Dornach betroffen. Auf Anfrage beim Amt für soziale Sicherheit sagt Chefin Claudia Hänni: «Das Problem ist bei uns bekannt, wir arbeiten an einer Lösung.» Diese werde bei einem Gespräch mit den Gemeinden der Sozialregion Dorneck präsentiert, voraussichtlich im November.

«Schwarzbuben» willkommen

Gestern fand in Büren eine Infoveranstaltung statt, organisiert von den zwei betroffenen Gemeinden. Gekommen sind rund 60 Personen. Vor Ort war auch Heimleiter Bernhard Fringeli, der den Interessierten Antworten gab: «Schwarzbuben sind bei uns nach wie vor willkommen.» Der Eintritt wurde allerdings erschwert. Für die sechs Selbstzahler aus Solothurn habe sich nichts geändert, auch nicht für die zwei Bewohner aus dem Schwarzbubenland, die vor dem Jahr 2012 ins Liestaler Pflegeheim eintraten. Für sie deckt Solothurn weiterhin die höheren Tarife, sodass keine Finanzierungslücke entsteht. Bei zwei Bewohnern ist EL angemeldet und noch nicht verfügt.

Bei jedem Solothurner, der nun eintreten wolle, werde zuerst die finanzielle Situation angeschaut, «das führt zu administrativem Mehraufwand». Der Kanton Solothurn habe nicht verstanden, dass die Bewohner der Randregio-

nen nicht in irgendein Pflegeheim gehen wollen. Fringeli: «Sie sind auf Liestal ausgerichtet, also wollen sie hier ins Heim.» Bereits einen Schwarzbuben konnte das APH Frenkenbündten in diesem Jahr wegen ungenügender finanzieller Mittel nicht aufnehmen. Er musste in ein Heim auf Solothurner Boden.

ANZEIGE

Gabriel Barell, Direktor Gewerbeverband BS

Es sollen mit der Holzhammer-Methode Kapazitäten auf Hauptverkehrsachsen abgebaut und in wirtschaftlich wichtigen Zonen Parkplätze abgeschafft werden. Das wäre für das Gewerbe schädlich, weil Handwerker, Lieferanten und Kunden nicht mehr richtig in die Stadt fahren und parkieren könnten. Deshalb stimme ich am 15. November 2x NEIN!

Unfair Unnötig Unbezahbar

Strassen-Initiative 2x NEIN

www.strasseninitiative-nein.ch

ANZEIGE

in-tuition

Bessere Noten.

Nachhilfe
Prüfungsvorbereitung
Individuelle Schulprogramme
Hausaufgaben-Betreuung
Ferienprogramm

Telefon 061 260 20 25 www.in-tuition.ch

Landrat kann mit dem Logo leben

Diskussionen um neues Sujet

Liestal. FDP-Fraktionschef Rolf Richter sprach von einer unheiligen Allianz. SVP und SP mit vereinzelt Landräten aus der Mitte erklärten Dominik Straumanns Interpellation für dringlich. Der SVP-Fraktionschef wollte nicht einfach bloss seine Fragen zum geplanten neuen Baselland-Logo beantwortet haben, sondern eine Diskussion über Sinn und Unsinn dieser Massnahme.

Die FDP war gegen die Dringlichkeit, derweil die Freisinnige Marianne Hollinger fast dieselben Fragen stellte wie Straumann, die allesamt bereits in der BaZ standen. Straumanns Ziel war aber sowieso die Diskussion. Fraktionskollege **Hanspeter Weibel** (SVP) votierte für die Dringlichkeit, «damit wir darüber reden können, wie der Kanton mit unserem Geld umgeht».

Regierungsrat Thomas Weber erklärte den Auftrag der Landeskanzlei, die das neue Logo erarbeitete: «Der Wildwuchs an Logos bedeutet nachlässige Führung.» Damit hatte der SVP-Regierungsrat **seinen Parteikollegen Weibel** im Sack, der es toll findet, wenn die Regierung Führungswillen beweist. Er und andere können damit leben, wenn der Regierungsrat wie angekündigt das neue Logo etwa bei Fahrzeugen erst dann einführt, wenn neue Autos beschafft werden – auch wenn das noch weitere 20 Jahre Wildwuchs bedeutet. Für die SP, die die Dringlichkeit unterstützte, fragte Andreas Bammatter rhetorisch: «Wie fühlen sich die Polizisten, wenn man ihren Lohn kürzt und nun ihnen neue Uniformen gibt, die sie vielleicht gar nicht wollen?» Er spielte mit der Lohnkürzung auf den Landratsbeschluss kurz zuvor an, wonach den Kantonsmitarbeitenden ein Prozent des Lohnes gekürzt wird. jho

Weniger Geld für den Kampf gegen das Übergewicht

Der Landrat halbiert den Kredit für die Gesundheitsprävention

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Landrat hat gestern den von der Regierung beantragten Verpflichtungskredit von 1,4 Millionen Franken für die Gesundheitsprävention bei übergewichtigen Kindern halbiert. Regierungsrat Thomas Weber (SVP) wehrte sich im Rat vergeblich gegen die Links-rechts-Front im Rat. FDP und CVP setzten sich zusammen mit einer Minderheit der SVP-Fraktion durch und stellten für die dritte Präventionstranche in den Jahren 2016 bis 2019 nur 712 000 Franken zur Verfügung. Christoph Buser (FDP), der den Kürzungsantrag stellte, setzte ein Fragezeichen hin-



Ohne Glück. Gesundheitsdirektor Thomas Weber wurde nur von links unterstützt – vergeblich. Foto Moira Mangione

ter die Wirksamkeit der Prävention und verwies auf den angespannten Finanzhaushalt, der eine Erhöhung des Betrags gegenüber der ersten und zweiten Staffel nicht rechtfertige. Vehement unterstützt wurde er dabei von CVP-Präsident Marc Scherrer, der vom Rat ein finanzielles Zeichen forderte. «Wir können nicht einfach alles durchwinken», meinte Scherrer und kritisierte, dass einzelne Projekte fragwürdig seien.

Folgekosten massiv gestiegen

Kommissionspräsidentin Rahel Bänziger (Grüne) verwies vergeblich auf die hohen Gesundheitskosten, die durch das Problem der Übergewichtigkeit entstanden. So seien landesweit die Folgekosten in den vergangenen zehn Jahren von 2,7 Milliarden Franken auf 8 Milliarden gestiegen, was einer Verdreifachung entspricht. Das durchschnittliche Körpergewicht der Jugendlichen sei heute massiv höher. Der Nutzen der Prävention könne nicht bestritten werden.

Hanni Huggel (SP) warnte den Rat eindringlich davor, mit der kurzfristigen Kürzung würden massive Mehrkosten im Gesundheitsbereich geschaffen. Regina Werthmüller (parteilos) meinte sogar, die Programme seien ihr «eine Herzensangelegenheit». Sie könne zudem nicht begreifen, dass mit der Kürzung der Gelder auch in Kauf genommen werde, dass weniger Drittmittel in das Programm fliessen.

Marc Schinzel (FDP) konterte, die Drittmittel, die der Bund zur Verfügung stelle, seien ebenfalls Steuergelder.

Hanspeter Weibel (SVP) sagte, von den Präventionsgeldern profitiere vor allem die «Purzelbaum-Industrie» und meinte damit die mit der Prävention beauftragten Unternehmen. CVP-Präsident Scherrer kritisierte, dass rund die Hälfte der Finanzen für das Präventionsprogramm in das Management fliessen würden. Kredite wie dieser müssten kritisch hinterfragt werden. «Und hier



Landrat

Berichterstattung aus dem Basellbieter Parlament

besteht ein vernünftiges Sparpotenzial.» Es sei in der gegenwärtigen Situation der falsche Zeitpunkt, den Verpflichtungskredit wie von der Regierung beantragt zu erhöhen.

Weber: «Kein linkes Anliegen»

Vergeblich versuchte Gesundheitsdirektor Weber das Programm zu retten. «Gesundheitsprävention ist kein linkes Anliegen», sagte Weber. Es gehe um die Umsetzung einer dritten und letzten Staffel des Programms gegen zu viele übergewichtige Kinder. Wenn zu wenig Geld zur Verfügung stehe, riskiere der Kanton, dass es dann auch noch eine vierte und fünfte Staffel brauche. Unter dem Strich bezahle Baselland, wenn man die Drittmittel berücksichtige, nur eine Netto-Erhöhung von 164 000 Franken. Webers Appell blieb aber vergeblich: Die Halbierung des Verpflichtungskredits wurde mit 42 zu 33 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen.

Nachrichten

Vorschlagsrecht durch Mitspracherecht ersetzt

Liestal. Das Vorschlagsrecht der Lehrerinnen und Lehrer bei der Anstellung neuer Mitglieder einer Schulleitung wird aufgehoben. Der Landrat hat sich gestern in erster Lesung dafür ausgesprochen, neu nur noch ein Mitspracherecht von Lehrervertretern gesetzlich zu verankern, in Mittelschulen auch von Schülervertretern. Damit kann Bewerbungen, die oft in ungekündigter Stellung sind, die nötige Diskretion zugesichert werden.

Sandra Sollberger tritt aus dem Landrat zurück

Liestal. Die neu gewählte Nationalrätin Sandra Sollberger (SVP, Bubendorf) verlässt den Landrat. Sie hat ihren Rücktritt per 6. November eingereicht. Erster Nachrückender auf der SVP-Liste im Wahlkreis Liestal ist der Lausener Jurist Reto Tschudin.

Kreditsicherung für Tierheim bewilligt

Liestal. Der Tierschutz beider Basel erhält eine Garantie von 200 000 Franken für den Bau des zwölf Millionen teuren neuen Tierheims in Birsfelden. Der Landrat hat gestern die Garantie mit 39 zu 17 Stimmen bei 17 Enthaltungen bewilligt. Bereits am Vortag hatte der Grosse Rat eine Garantie in gleicher Höhe bewilligt. Obwohl die Arbeit des Tierschutzes im Landrat breite Anerkennung fand, musste er dennoch Kritik einstecken. Zahlreiche Landräte protestierten dagegen, dass der Kanton vor vollendete Tatsachen gestellt werde und der Neubau bereits in Angriff genommen wurde. Auch die Neubaukosten von zwölf Millionen Franken wurden als übertrieben kritisiert.

ANZEIGE

Publireportage: Routinierte Verkehrsteilnehmende trainieren Körper und Geist

Sicher in die Zukunft – als Routinier mit Weitblick

Routinier ist, wer seit Jahren sicher im Strassenverkehr unterwegs ist. Routinier bleibt, wer Körper und Sinne trainiert und sein Wissen und Können regelmässig auffrischt. Fahren auch Sie sicher in die Zukunft! «Routinier – Fahren mit Weitblick» bietet Ihnen die Gelegenheit, Ihr Können zu testen.

Mobilität wird in der heutigen Gesellschaft immer wichtiger. Wir fahren mit dem Auto zur Arbeit. Wir entdecken mit dem Camper die Welt und nutzen die Sommermonate für ausgiebige Passfahrten mit dem Motorrad. Mobilität bedeutet Freiheit und Unabhängigkeit. Sie bestimmt unseren Alltag und unser Leben. Jetzt und in Zukunft. Hier setzt die Präventionskampagne «Routinier – Fahren mit Weitblick» an.

Die Kampagne sensibilisiert und motiviert routinierte Fahrerinnen und Fahrer, als Routiniers in die Zukunft zu fahren. Und zwar, indem sie sich regelmässig in Theorie und Fahrpraxis weiterbilden sowie körperlich und geistig fit bleiben. Besonders wichtig ist die Sensibilisierung der Fahrzeuglenkenden im direkten Kontakt.

«Routinier – Fahren mit Weitblick» bietet Gelegenheit, die Reaktionszeit im Fahrsimulator zu prüfen sowie Augen und Gehör zu testen.

Routiniers fahren sicherer

Routiniers sind seit Jahren im Strassenverkehr unterwegs. Sie lenken ihr Fahrzeug sicher und fahren dabei aufmerksam und vorausschauend. Das sind wichtige Eigenschaften im heutigen Strassenverkehr, denn dieser hat sich in den vergangenen 30 Jahren

stark verändert: neue Verkehrsregeln, erhöhtes Verkehrsaufkommen und immer komplexere Verkehrsführung im dichten Verkehr.

Für den Strassenverkehr gilt deshalb wie für den Beruf: Wer am Ball bleiben will, der bildet sich weiter. So sind Sie in der Lage, jede Verkehrssituation rasch zu erfassen und im Ernstfall die richtigen Entscheidungen zu treffen. Kurz: Als Routinier lenken Sie Ihr Auto sicherer – und tragen so dazu bei, die Zahlen der Unfallopfer auf den Strassen zu senken.

Als Routinier in die Zukunft

Routiniers lassen sich nicht aufhalten und fahren sicher in die Zukunft. Auch wenn ihnen der Körper ab 50 einige Schnippchen schlägt.

Routiniers

- frischen ihr **Theoriewissen** auf und trainieren ihr **Fahrkönnen**, z.B. mit Theoriebüchern und Fahr-sicherheitstrainings. Wer sich weiterbildet, gliedert sich problemlos in den heutigen Verkehr ein und behält auch in schwierigen Verkehrssituationen den Überblick.
- verbessern ihre **Reaktion** und ihre **Wahrnehmung** mit gezielten Übungen, Weiterbildungen sowie Vorsichtsmassnahmen, z.B. mit Gehirntrainings und Reaktionstests. Wer seine Umgebung gut wahrnimmt und konzentriert fährt, reagiert auch bei unvorhergesehenen Situationen schnell und richtig.
- achten auf ihre **Gesundheit**, halten ihren Körper fit und testen ihre Sinne, z.B. mit Dehnübungen und Seh- und Hörtests. Wer in Form ist, fährt sicherer.

An den «Routinier»-Events (siehe Kasten) können Autofahrerinnen und -fahrer ihre Reaktion, ihre Augen sowie ihr Gehör überprüfen. Auf routinier.ch finden sie zusätzliche Empfehlungen, was sie aktiv für ihre Sicherheit tun können.



«Routinier» in Ihrer Nähe:

- 24. 10. bis 1. 11. 2015: Basler Herbstwarenmesse, Basel, Halle 2.0, Stand D26
- 4. bis 7. 11. 2015: Shoppingcenter St. Jakob Park, Basel, im 2. UG

Informationen zu weiteren Events erfahren Sie auf routinier.ch oder per Infotelefon 031 328 31 33. **Besuchen Sie uns!**

Wettbewerb – Gewinnen Sie ein Fahrtraining!
Als Hauptgewinn verlosen wir ein Winterfahrtraining in Zernez für zwei Personen inkl. zwei Übernachtungen im Gesamtwert von 1000 Franken. Teilnehmen können Sie unter routinier.ch oder an einem «Routinier»-Event vor Ort.

www.routinier.ch | Infotelefon 031 328 31 33



Sicher und entspannt unterwegs: Routinierte Fahrzeuglenkende bilden sich weiter.

«Routinier – Fahren mit Weitblick» ist eine Präventionskampagne des Automobil Club der Schweiz (ACS) und wird unterstützt vom Fonds für Verkehrssicherheit und von weiteren Partnern.